



Mag.^a Barbara Prammer

REPUBLIK ÖSTERREICH
Nationalrat
Die Präsidentin

Sehr geehrter Herr Präsident!

Wien, 15. März 2011
GZ. 13026.0036/5-L1.3/2011

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union des Nationalrates hat in seiner Sitzung am 15. März 2011 im Zuge der Beratungen über die EU-Vorlage/n

KOM (10) 639 endg./2

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen

Energie 2020

Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie

(43014/EU XXIV.GP)

beiliegende **Mitteilung gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG** beschlossen.

Hievon beehre ich mich Mitteilung zu machen und verbleibe mit freundlichen Grüßen

(Mag.^a Barbara Prammer)

Beilage

An den
Präsidenten der
Europäischen Kommission
Herrn José Manuel BARROSO

1049 Brüssel
BELGIEN

Präsidentin des Nationalrates
A-1017 Wien, Parlament
Tel. +43 1 401 10-2201 (2217)
Fax +43 1 401 10-2345
barbara.prammer@parlament.gv.at

DVR: 0050369

MITTEILUNG

**des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union
des Hauptausschusses des Nationalrates
vom 15. März 2011**

gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG

KOM (10) 639 endg./2

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen

Energie 2020

Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie

(43014/EU XXIV.GP)

„Der Nationalrat verweist darauf, dass Kernspaltung keine nachhaltige Form der Energiegewinnung ist, und fordert die Europäische Kommission im Bewusstsein der in den derzeitigen Verträgen vorgegebenen grundsätzlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Kernenergie angesichts der jüngsten Ereignisse in Japan dringend dazu auf, die ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um

- einen europa- und weltweiten Verzicht auf die Nutzung der Kernspaltung zur Energiegewinnung zu fördern;
- möglichst rasch eine rigorose Sicherheitsüberprüfung („Stresstest“) aller europäischen Kernkraftwerke nach einheitlichen Standards einzuleiten;
- die im Herbst erwarteten Vorschläge für das Euratom-Forschungsprogramm 2014-2018 ausschließlich auf die Forschung zu nuklearer Sicherheit, auf Risikoforschung und Strahlenschutz auszurichten sowie in den laufenden Verhandlungen des Rates über das Euratom-Forschungsrahmenprogramm 2012-2013 auf dieselbe Festlegung hinzuwirken;

- die Mittel des derzeitigen Euratom-Forschungsprogramms ebenso in diesem Sinne zu verwenden;
- das europäische Frühwarnsystem ECURIE weiter auszubauen;
- die europaweite Koordination im Bereich der im nuklearen Ernstfall zu treffenden Maßnahmen generell zu verstärken,
- europaweit verstärkt auf Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energie zu setzen."